

(Präsident.)

(A) wie ich, uns gemeinsam gelingt, auch in den nun noch folgenden Sitzungen die großen Aufgaben, die uns auch heute noch bleiben, glücklich und möglichst schnell zu Ende zu führen.

(Bravo!)

Ich bitte um Vortrag der Registrate.

(Nr. 1135.) Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation zu dem Antrage auf die Petition der Maschinenfabrik Rockstroh & Schneider Nachf. A.-G. in Heidenau um Rückzahlung eines Betrages von 39 400 M. aus der Staatskasse.

**Präsident:** Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A, die Petition des Landesvereins handwerksmäßig vorgebildeter Staatsbeamten im Königreich Sachsen betreffend. (Drucksache Nr. 540.)

Berichterstatter Herr Sekretär Anders.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

(B) Berichterstatter Sekretär Anders: Meine Herren! Der Bericht der Finanzdeputation A ist Ihnen unter Nr. 540 zugegangen. Die Petition, die darin behandelt wird, ist Ihnen auch in einem Druckexemplar zugegangen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie sowohl die Petition wie auch den Bericht vor der heutigen Sitzung gelesen haben. Ich brauche ihn infolgedessen nicht zu wiederholen. Namens der Finanzdeputation bitte ich, die Petition des Landesvereins handwerksmäßig vorgebildeter Staatsbeamten im Königreich Sachsen um Verbesserung ihrer Verhältnisse der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

**Präsident:** Das Wort wird nicht begehrt. Ich schließe die Debatte und frage die Kammer:

Will sie beschließen: die Petition des Landesvereins handwerksmäßig vorgebildeter Staatsbeamten im Königreich Sachsen um Verbesserung ihrer Verhältnisse der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen?

Einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A, die Petition der Mechaniker und Maschinisten an der Königl. Technischen

Hochschule zu Dresden betreffend. (Drucksache C) Nr. 541).

Berichterstatter Herr Sekretär Anders.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Sekretär Anders: Meine Herren! Von den Mechanikern und Maschinisten an der Königl. Technischen Hochschule zu Dresden ist eine Petition eingegangen, die die in Frage kommenden Verhältnisse unter Beigabe von Tabellen und Anlagen sehr eingehend erläutert. Die Auskunft der Königl. Staatsregierung ist in dem Berichte Nr. 541 abgedruckt. Die Königl. Staatsregierung hat, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, die Berechtigung der Petition anerkannt, und die Finanzdeputation A hat nach eingehender Erörterung der einschlagenden Verhältnisse den Antrag gestellt, wie er auf S. 3 des Berichtes Nr. 541 vorliegt, nämlich dahin gehend, daß die Kammer beschließen wolle:

die Petition der Mechaniker und Maschinisten an der Königl. Technischen Hochschule zu Dresden um Verbesserung ihrer Stellung und Besoldungsverhältnisse der Königl. Staatsregierung in dem Sinne zur Erwägung zu überweisen, daß im Etat 1914/15 Mittel bez. Stellen vorgesehen werden, um der Petition, insoweit sie im dienstlichen Bedürfnis der Technischen Hochschule und der Bergakademie begründet ist, zu entsprechen.

Ich bitte Sie, dem Beschlusse beizutreten.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Staatsminister DDr. **Bed:** Meine Herren! Gestatten Sie mir zu dem Antrage, der Ihnen vorliegt, nur einige Worte und zunächst darauf hinzuweisen, daß zu dem Gegenstande für die Deputation zwar eine Erklärung der Königl. Staatsregierung abgegeben worden, daß aber keine kommissarische Beratung hierüber mit ihr nach der Landtagsordnung erfolgt ist.

Der Herr Berichterstatter hat schon ausgeführt, wie in der Erklärung des Kultusministeriums den 22 Gesuchstellern gegenüber zugegeben ist, daß ihr Dienst eine handwerksmäßige Vorbildung voraussetze, die ihre Gleichstellung mit den Universitätsunterbeamten der Gruppe 11a an sich vielleicht rechtfertigen könnte. Es ist aber auch auf die großen Folgen hingewiesen und gesagt, daß die volle Berücksichtigung der im Gesuche angeführten Gründe allein auf dem Gebiete der staatlichen Unterrichtsverwaltung mit der Heraushebung von 79 Unterbeamtenstellen verknüpft sei und daß sich erhebliche weitere Folgen hieraus für andere Verwaltungen ergeben müßten.